

*Christoph Zöpel*

## **Die Zukunft der industriellen Produktion**

### **Die SPD unterschätzt sozialökonomische und technologische Veränderungen im Industriesektor**

Die europäische Sozialdemokratie entstand als politisch-moralische Antwort auf die sozialökonomischen Unerträglichkeiten beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft, beim Übergang von informeller zu arbeitsrechtlich-formalisierter Arbeit. Das im historischen Bewusstsein zu bewahren, ist nicht nur eine Verpflichtung für die Sozialdemokratie in Europa, sondern auch wichtig für die Zukunftsfähigkeit demokratisch und sozialstaatlich verfasster Gesellschaften. Trotzdem darf die SPD die sozialökonomischen und technologischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte (insbesondere die Digitalisierung), die die Industriegesellschaft maßgeblich verändern, nicht vernachlässigen. Sie muss eine neue industriepolitische Strategie finden.

Die Industrialisierung verband die politische mit der ökonomischen Klassenherrschaft, wodurch der revolutionsbereite sozialdemokratische Kampf erforderlich wurde. Der Bismarcksche Staat antwortete darauf mit ersten Ansätzen einer Sozialstaatlichkeit. Der technologisch-industrielle Fortschritt war seitdem immer auch zweischneidig. So wäre der Erste Weltkrieg ohne die militärisch-industriellen Neuerungen der damaligen Zeit nicht möglich gewesen. Als die tradierte Klassenherrschaft danach zusammenbrach, konstituierte sich der demokratische Sozialstaat. Die globalpolitische Unfähigkeit, den industriellen Kapitalismus sozial gerecht zu steuern, führte jedoch zum Faschismus, zum Zweiten Weltkrieg und zur Erfindung von Massenvernichtungstechnologien. Der Wiederaufbau in Europa danach war getragen von Produktivitätssteigerungen in der industriellen Produktion, verbunden mit kontinuierlichen Einkommensverbesserungen weitester Teile der Bevölkerung, die im erneuerten Sozialstaat abgesichert waren. Rund die Hälfte der Arbeitnehmer arbeitete 1950 im Industriesektor. Industriegesellschaft und Sozialstaat wurden zur Grundlage sozialdemokratischer Programmatik und Politik, die bis zum Beginn der Strukturkrise in der Montanindustrie Ende der 50er Jahre nicht hinterfragt wurde. Diese Krise konzentrierte sich im Wesentlichen auf das Ruhrgebiet, welches seitdem die wahlrelevante Bezugsregion des industriegesellschaftlichen Selbstverständnisses der SPD ist. Die Krise wurde als industrieimmanent verstanden und schien nur durch weitere industrielle Innovationen überwunden werden zu können. Zu diesem Zeitpunkt, 1960, arbeiteten 47,9 % der Arbeitnehmer im Industriesektor.

Neue Themenstränge gelangten dann in den folgenden Jahrzehnten in die Diskussion: So propagierte Willy Brandt bereits 1961 den »Blauen Himmel über dem Ruhrgebiet«, was die frühe Einsicht repräsentierte, dass die industrielle Entwicklung als solche neuartige, ökologische Krisen zur Folge hatte. Seitdem haben die Interessenkonflikte zwischen industrieller Ökonomie und Ökologie die sozialdemokratische Programmatik und Politik nicht mehr verlassen. Zu nennen ist auch der humanste technologische Triumph, die Verlängerung der Lebenserwartung, der aber seinerseits zum Problem für den Sozialstaat wurde, denn er hat die demografischen Voraussetzungen des Bismarckschen Sozialstaates gesprengt. Als 1891 die Rentenversicherung der Arbeiter ab dem 70. Lebensjahr eingeführt wurde betrug die Lebenserwartung 42,3 Jahre, im Jahr 2015 hingegen ganze 80,3 Jahre.

### Demografie und industrielle Produktion

Das historische Bewusstsein hat immer mehrere Aufgaben: Zusammen mit der Bewahrung gesellschaftlicher moralischer Leistungen sind dies auch die Sicht auf die Mehrdeutigkeit umfassender geschichtlicher Zusammenhänge und die Wahrnehmung sozialökonomisch-technologischer Veränderungen im Zeitverlauf. Das historische Bewusstsein der SPD ist beim Umgang mit der sozialökonomischen Bedeutung der industriellen Produktion und mit den veränderten demografischen Voraussetzungen des Sozialstaates unzulänglich. Das hat Folgen für die Glaubwürdigkeit ihrer gesellschaftspolitischen Programmatik. Anhand offizieller Verlautbarungen lässt sich das zeigen, exemplarisch jüngst an denen zweier sozialdemokratischer Wirtschaftsminister: Sigmar Gabriel und Garrelt Duin. Das kommt beispielhaft in den Titeln programmatischer Aufsätze aus jüngster Zeit zum Ausdruck, etwa »Die Industrie ist das Aushängeschild Deutschlands auf den Weltmärkten« (Sigmar Gabriel gemeinsam mit Jörg Hofmann, dem IG Metall-Vorsitzenden, und Ulrich Grillo, dem Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie). Garrelt Duin, Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, überschrieb seine industriepolitischen Leitlinien gar mit: »NRW – Wir sind Industrie«. Diese Verlautbarungen unterschätzen die sektoralen Veränderungen gegenwärtiger und künftiger Beschäftigungsmöglichkeiten einschließlich der Frauenerwerbstätigkeit, sie werden der Bedeutung der Digitalisierung nicht gerecht, bleiben überholten Voraussetzungen der begrenzten Lebensarbeitszeit verhaftet, behindern eine ökologisch und sozial nachhaltige Raum- und Stadtentwicklungspolitik und führen die Wirtschaftspolitik angesichts der globalpolitischen Herausforderungen Deutschlands in die Sackgasse.

Im Einzelnen:

Erstens: Die Feststellung Sigmar Gabriels im *Handelsblatt*, die Industrie stehe für acht Millionen Arbeitsplätze, sagt bei genauer Betrachtung ja auch, dass die Industrie *nicht* für die 32 Millionen Jobs im Dienstleistungsbereich steht und *nicht* für die 2,5 Millionen im Baugewerbe usw. Derzeit sind hierzulande 43,1 Millionen Menschen erwerbstätig, der höchste Stand seit der Wiedervereinigung – 3,4 Millionen mehr als 2005. Von diesem Anstieg entfallen auf den Dienstleistungsbereich drei Millionen, auf die Industrie nur 250.000. Die politische Verheißung von Beschäftigungschancen im Industriesektor ist daher für die SPD nicht länger zielführend,

denn sie lässt sich nicht erfüllen und enttäuscht viele, die in diesem Bereich auf einen Arbeitsplatz hoffen.

Zweitens: Die Hochschätzung von Arbeitsplätzen in der Produktion geht einher mit der Geringschätzung von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor. Viele Dienstleistungsberufe entsprechen früherer informeller Arbeit, die vor allem von Frauen zuhause erledigt wurde. Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit von 30 % (1950) auf 73 % (2014) beruht auch auf der Transformation dieser informellen in formelle Arbeit. Die Geringschätzung solcher Dienstleistungen führt damit zur Abwertung früherer und heutiger Leistungen etwa von Müttern und pflegenden Töchtern. Die Folge ist ein fehlendes Angebot an Pflege- und Betreuungsdienstleistungen. Die geringe Bezahlung ist ein weiterer Grund.

### **Industrie 4.0 – Bedeutet Produktivitätssteigerung weniger Arbeitsplätze?**

Drittens: Gabriels und Duins Verlautbarungen sind verbunden mit der Propagierung der sogenannten »Industrie 4.0« – der Verzahnung von Industrie mit moderner Informations- und Kommunikationstechnologie. Der Begriff lässt offen, was Digitalisierung eigentlich bedeutet: Die Bildungsvoraussetzungen von gesellschaftlichen Tätigkeiten verändern sich und die Produktivität wird weiter gesteigert. Diesen digital basierten Produktivitätssteigerungen, vornehmlich in der Industrie, wird der Wegfall von Arbeitsplätzen zugerechnet. Wirtschaftsgeschichtlich sind allerdings Zweifel angebracht. Kontinuierliche technologisch basierte Produktivitätssteigerungen ermöglichen über das Wachstum des Sozialprodukts mehr ökonomische Dienstleistungen und deren Entlohnung. Zu Recht wird darauf hingewiesen, dass viele der neuen Dienstleistungstätigkeiten mit industrieller Produktion verbunden sind. Das nennt man »hybride Wertschöpfung« – ein neuer Begriff für ein jahrhundertaltes Faktum. Der Produktion von Gütern folgt immer der Handel mit ihnen. Die digital basierten Produktivitätssteigerungen lassen weitere und auch neue Dienstleistungstätigkeiten entstehen. Sie ist Voraussetzung von Produktivitätsfortschritten und neuen technologisch basierten Produkten. In der Folge entstehen wieder neue Dienstleistungsberufe. Diese Entwicklung hat immer mit staatlicher Unterstützung stattgefunden und mit staatlich bereitgestellter Infrastruktur. Beides war oft zweischneidig. Die Kernenergie lehrt, dass neue Technologien, die sich nur durch massive staatliche Vorleistungen verwirklichen lassen, eher Probleme schaffen. Ob die Dateninfrastruktur hohe staatliche Investitionen erfordert, sei dahingestellt. Die Zweischneidigkeit technologischer Entwicklungen lässt sich nicht aus der Welt schaffen, aber die Transparenz ihrer politischen Förderung und der Respekt vor kritischem Verhalten ihnen gegenüber können Risiken vermindern.

Viertens: Alterssicherung und Lebensarbeitszeit sind eng mit der Entwicklung von industrieller Produktion und Sozialstaatlichkeit verbunden. Konnte das Bismarcksche Renteneintrittsalter von 70 Jahren noch als zynisch begriffen werden, da es 10 Jahre über der damaligen durchschnittlichen Lebenserwartung von Männern lag, so wurde es doch ab 1916 für längere Zeit gesenkt. Gesunken ist auch die körperliche Arbeitsbelastung, was zur Verlängerung der Lebenserwartung beitrug. Die steigende Rente konnte dabei durch die Beiträge von Frauen, die formell arbeiten, kom-

pensiert werden. Bis heute wird eine Altersgrenze von 65 Jahren mit Belastungen begründet, die an industrieller Produktion orientiert sind. Dienstleistungstätigkeiten ermöglichen eine weitgehende Flexibilisierung, die den Vorstellungen vieler Arbeitnehmer entspricht. Flexibel verlängerte Lebensarbeitszeiten können wesentlich zur Vermeidung steigender Beitragszahlungen beitragen, genauso wie die steigende Erwerbsquote von Frauen.

Fünftens: Sigmar Gabriel hat gesehen, dass neue industrielle Großvorhaben auf Skepsis stoßen. Diese beruht auf Erfahrungen mit siedlungsräumlichen Fehlentwicklungen im Prozess der Industrialisierung. Die sozialökonomischen Benachteiligungen etwa an der Ruhr sind deren Folge. Viele Standortentscheidungen der Montanindustrie waren rücksichtslos gegenüber anderen städtischen Belangen; menschenwürdige Urbanität konnte so nicht entstehen. Die Hinterlassenschaften der Montanindustrie werden erst jetzt attraktiv, indem Abraumhalden zu offenen Landschaften werden und Großanlagen des Bergbaus und der Stahlindustrie zu Museen und Veranstaltungsräumen. Derart schwere industrielle Großvorhaben wird es nicht wieder geben. Aber der Weg in die urbane Wissensgesellschaft wird weiter »industriepolitisch« konterkariert: Energieproduktion, Straßen und Gewerbeflächen sind die Schlagworte.

Nichts hat die räumliche Entwicklung verdichteter Regionen mehr beschädigt als der Bergbau. Technologische Entwicklungen lassen nun aber erneuerbare Energien an die Stelle fossiler treten. Das Problem ihrer Volatilität lässt sich durch Speicherkapazitäten lösen. Die Dienstleistungswirtschaft führt zu städtischer Konzentration, Schwertransporte wären also technologisch vermeidbar. Allerdings ist auch die Dienstleistungswirtschaft zweischneidig. Erhöhter E-Commerce führt wiederum zu einem erhöhten logistischen Aufwand auf den Straßen.

Sechstens: Die Glaubwürdigkeit der gesellschaftspolitischen Programmatik der SPD ist zunächst eine Notwendigkeit in Deutschland. Es kommt aber eine globalpolitische Dimension hinzu, die wirtschaftspolitisch bedeutsam werden kann. Eine industriepolitische Exportorientierung mit weltrekordverdächtigen Überschüssen wird auf Dauer den Herausforderungen weltweiter Ungleichheit nicht gerecht. Und Exportförderung in Richtung China verträgt sich nur schwer mit Importrestriktionen für chinesischen Stahl; in welchen Produkten genau welche industriepolitischen Subventionen stecken, lässt sich heute kaum einzelstaatlich beantworten.



#### **Christoph Zöpel**

Staatsminister a.D., war u.a. von 1978 bis 1990 Minister in NRW und von 2003 bis 2007 Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Zuletzt erschienen: *Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft*.

*christoph.zoepel@t-online.de*